



# HESSISCHER LANDTAG

8. Wahlperiode

Drucksache **8/1963**

(schließt an  
Drucks. 8/1800 an)  
08. 12. 75

## **Beschlußempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen**

Die Ausschüsse legen dem Landtag zu Petitionen, die ihnen überwiesen waren, folgende Beschlußempfehlungen vor:

Eingegangen am 8. Dezember 1975 · Eilausfertigung am 9. Dezember 1975 · Ausgegeben am 16. Januar 1976

Druck: Carl Ritter & Co. Wiesbaden · Vertrieb: Verlag Dr. H. Heger 53 BN-Bad Godesberg Goethestr. 56 Tel. (02221)/363551



**Innenausschuß:**

Nr. 707/VIII —  
Gemeindevorstand der Gemeinde Liederbach  
Anregung zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung  
der Hessischen Gemeindeordnung (Nichtöffentlich-  
keit von Ausschußsitzungen)

Berichterstatter:  
Abg. Lengemann

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Petition  
der Landesregierung als Material zu überweisen.

**Petitionsausschuß:**

Nr. 544/VIII —  
Manuela Koch, Schwalmstadt  
Bitte um besondere Behandlung im Justizvollzug als  
Transsexueller

Berichterstatterin:  
Abg. Frau Dr. Streletz

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, in Ergänzung  
des Beschlusses vom 30. 10. 75 (PA/13/8), die Peti-  
tion der Landesregierung zur Berücksichtigung zu  
überweisen, soweit diese sich auf das Problem der  
juristischen Umwandlung von Transsexuellen be-  
zieht.

Die Landesregierung wird ersucht, gesetzgeberische  
Initiativen im Bundesrat für eine Änderung des Per-  
sonenstandsgesetzes dahingehend zu ergreifen, daß  
eine entsprechende Eintragung von Namensände-  
rungen Transsexueller in den Standesamtsbüchern  
erfolgen kann.

Nr. 403/VIII —  
Walter Gottmann, Viesebeck  
Anregung für die Wasserversorgung in der ehemals  
selbständigen Gemeinde Viesebeck

Berichterstatter:  
Abg. von Heusinger

Nr. 624/VIII —  
Günter Gerlach und andere, Butzbach  
Beschwerde wegen der Verhältnisse in der JVA Butz-  
bach (Sport etc.)

Berichterstatter:  
Abg. Herbert Schneider

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Petitionen  
Nr. 403, 624, 666 und 705/VIII der Landesregie-  
rung als Material zu überweisen.

Nr. 666/VIII —  
Eberhard Funk, Dieburg  
Bitte um Haftunterbrechung auf dem Gnadenweg

Berichterstatter:  
Abg. Meister

Nr. 705/VIII —  
Hans Rimrott, Dillenburg  
Bitte um Beseitigung eines Engpasses an der Land-  
straße Dillenburg-Nanzenbach-Hirzenhain-Angel-  
burg/Steffenberg/Dautphetal

Berichterstatter:  
Abg. Troeltsch

Nr. 593/VIII —

Robert Christian Plumbohm, Frankfurt (Main)  
Beschwerde gegen die JVA Frankfurt (Main) I wegen  
Besuchsregelung für Untersuchungsgefangene

Berichterstatter:

Abg. Weiß

Nr. 683/VIII —

Fritz Michael Kleber, Darmstadt-Eberstadt  
Beschwerde wegen Ausbau der UKW- und KW-Teile  
aus privaten Radiogeräten im Justizvollzug

Berichterstatter:

Abg. Meister

Nr. 583/VIII —

Rudolf Geis, Gelnhausen  
Bitte um Überprüfung einer Versorgungsangelegen-  
heit

Berichterstatter:

Abg. Beucker

Nr. 591/VIII —

Franz Hölzke, Hanau 7  
Beschwerde gegen die Stadt Hanau wegen der Gestal-  
tung des Bebauungsplans

Berichterstatterin:

Abg. Frau Dr. Streletz

Nr. 596/VIII —

VdK, Kreisverband Rotenburg (Fulda)  
Bitte um Überprüfung der Versorgungsangelegenheit  
der Frau Minna Deubener, Rotenburg (Härtefall)

Berichterstatter:

Abg. Hilfenhaus

Nr. 601/VIII —

VdK, Kreisverband Rotenburg (Fulda)  
Bitte um Überprüfung der Versorgungsangelegenheit  
des Herrn Wilhelm Janßen, Bebra

Berichterstatter:

Abg. von Heusinger

Nr. 603/VIII —

Gertrud Rieländer, Lüchow  
Bitte um Überprüfung einer Rentenangelegenheit  
(LVA Kassel)

Berichterstatter:

Abg. Herbert Schneider

Nr. 625/VIII —

Heinrich Grenzebach, Bad Orb  
Bitte um Grundsteuervergünstigung

Berichterstatter:

Abg. Brockmann

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Petitionen  
Nr. 593 und 683/VIII der Landesregierung zur  
Kenntnisnahme zu überweisen.

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Petitionen  
Nr. 583 und 591/VIII der Landesregierung mit der  
Bitte zu überweisen, die Petenten über die jeweilige  
Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Petitionen  
Nr. 596, 601, 603 und 625/VIII der Landesregie-  
rung mit der Bitte zu überweisen, die Petenten über  
die jeweilige Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Nr. 636/VIII —  
Karin Ostwald, Breuberg (Odenwald)  
Bitte um nachträgliche Gewährung von Sozialhilfe  
Berichterstatterin:  
Abg. Frau Dr. Streletz

Nr. 662/VIII —  
Heidi Landeck, Gronau-Epe  
Beschwerde gegen einen Gerichtsvollzieher beim  
Amtsgericht Bad Vilbel wegen Verzögerung eines  
Vollstreckungsauftrags  
Berichterstatter:  
Abg. Hisserich

Nr. 703/VIII —  
Franz Amort, Amönau über Marburg  
Bitte um Sozialhilfe  
Berichterstatter:  
Abg. Leinbach

Nr. 516/VIII —  
Cornelia Hanuschke, Cuxhaven 3  
Bitte um Hilfe (Schulausbildung und Rehabilitation)  
Berichterstatterin:  
Abg. Frau Philippi

Nr. 700/VIII —  
Manfred Dähn, Bad Homburg v.d.H.  
Bitte um Unterbringung in einer offenen Nervenklinik  
(offenen Station)  
Berichterstatter:  
Abg. Troeltsch

Nr. 728/VIII —  
Knut Köbler, Bad Nauheim  
Bitte um Wiedererteilung des Führerscheins für das  
Fahren von landwirtschaftlichen Zugmaschinen für  
Herrn Hans Joachim Köbler  
Berichterstatterin:  
Abg. Frau Dr. Streletz

Nr. 731/VIII —  
Rudolf Samek, Wiesbaden  
Bitte um Einbürgerung  
Berichterstatter:  
Abg. Brockmann

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Petitionen  
Nr. 636, 662 und 703/VIII der Landesregierung mit  
der Bitte zu überweisen, die Petenten über die jewei-  
lige Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Petition  
für erledigt zu erklären, da dem Anliegen der Peten-  
tin entsprochen worden ist.

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Petitionen  
Nr. 700 und 728/VIII für erledigt zu erklären, da  
dem Anliegen der Petenten entsprochen worden  
ist.

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Petition  
für erledigt zu erklären, da dem Anliegen des Peten-  
ten entsprochen werden kann.

Nr. 582/VIII —  
 Maria Müller, Ilbenstadt  
 Bitte um Hilfe bei der Versorgung einer Arzttwitwe  
 Berichterstatterin:  
 Abg. Frau Dr. Streletz

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Petition auf Grund der Ergebnisse der Verhandlungen, die die Berichterstatterin mit den Beteiligten geführt hat, für erledigt zu erklären.

Der Ausschuß nimmt zur Kenntnis, daß auf Grund der Bemühungen der Berichterstatterin die Landesärztekammer aus ihrem Fürsorgefonds gegenüber der Petentin eine wiederkehrende Leistung für den Fall in Aussicht gestellt hat, daß dadurch eine geordnete Tilgung der Schulden der Petentin bei der Kreissparkasse Friedberg (Hessen) ermöglicht wird. Voraussetzung dafür ist, daß die Petentin ihren Zahlungsverpflichtungen in Zukunft pünktlich und regelmäßig nachkommt.

Der Ausschuß stellt fest, daß hierdurch alles seitens des Landtags Mögliche zur Abhilfe der Notlage der Petentin getan worden ist.

#### Sozialpolitischer Ausschuß:

Nr. 324/VIII —  
 Magnus Rabenau, Fronhausen-Sichertshausen  
 Bitte um Überprüfung einer Entschädigungsangelegenheit (BEG)  
 Berichterstatter:  
 Abg. Prusko

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Petition der Landesregierung mit der Bitte zu überweisen, den Petenten über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Der Ausschuß bittet darum, das Original des Petitionsbescheides unmittelbar an den von der Petition Betroffenen und die Durchschrift dazu an den Petenten zu richten.

Der Ausschuß folgt damit einem Vorschlag des Unterausschusses für Heimatvertriebene, Umsiedler und Wiedergutmachung vom 21. 11. 75.

Nr. 729/VIII —  
 Liselotte Brüss, Berlin  
 Beschwerde gegen rückwirkende Pflegesatzerhöhungen  
 Berichterstatterin:  
 Abg. Frau Beckman

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Petition der Landesregierung mit der Bitte zu überweisen, die Petentin mit der Maßgabe über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten, daß die Petentin gegebenenfalls Regreßansprüche geltend machen kann.

#### Ausschuß für Verwaltungsreform:

Nr. 83/VIII —  
 Magistrat der Gemeinde Stadt Allendorf  
 Bitte um Wiederherstellung des Gemeindepamens „Stadt Allendorf“  
 Berichterstatter:  
 Abg. Wilke

Nr. 259/VIII —  
 CDU-Ortsverband Stadt Allendorf  
 Anregung zur Beibehaltung der Ortsbezeichnung „Stadt Allendorf“  
 Berichterstatter:  
 Abg. Wilke

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Petitionen 83 und 259/VIII für erledigt zu erklären, da durch eine Änderung der Neugliederungsgesetze dem Begehren der Petenten Rechnung getragen wird.

Nr. 91/VIII —

Magistrat der Stadt Rüdesheim (Rhein)  
Anregung zur amtlichen Schreibweise der Stadt Rüdeshheim

Berichterstatter:  
Abg. Wilke

Nr. 175/VIII —

Landesverkehrsverband Hessen e.V., Wiesbaden  
Anregung zur amtlichen Schreibweise der Stadt Rüdeshheim

Berichterstatter:  
Abg. Wilke

Nr. 151/VIII —

Magistrat der Stadt Offenbach (Main)  
Anregung zur Wiedereinführung der Schreibweise „Offenbach am Main“

Berichterstatter:  
Abg. Wilke

Nr. 448/VIII —

Stadt Eltville (Rhein)  
Anregung zur Erhaltung der amtlichen Schreibweise „Eltville am Rhein“

Berichterstatter:  
Abg. Wilke

Nr. 487/VIII —

Gemeindevertretung und Gemeindevorstand der Gemeinde Jugenheim  
Anregung zur Namensgebung der künftigen Gemeinde Seeheim

Berichterstatter:  
Abg. Neusel

Nr. 547/VIII —

Magistrat der Stadt Gedern  
Anregung zur Rückgliederung der Stadtteile Burkhardts, Kaulstoß und Sichenhausen

Berichterstatter:  
Abg. Pfuhl

Nr. 669/VIII —

Personalrat des Hessischen Landesvermessungsamtes und andere, Wiesbaden  
Beschwerde gegen die beabsichtigte Bildung eines Landesamtes für Wirtschaft und Technik im Rahmen der Funktionalreform

Berichterstatter:  
Abg. Neusel

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Petitionen 91, 175, 151 und 448/VIII für erledigt zu erklären, da durch eine Änderung der Neugliederungsgesetze dem Begehren der Petenten Rechnung getragen wird.

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Petition für erledigt zu erklären, da eine Gesetzesänderung nicht beabsichtigt ist.

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Petition nach Prüfung der Sach- und Rechtslage für erledigt zu erklären, da dem Anliegen des Petenten nicht entsprochen werden kann.

Der Ausschuß empfiehlt dem Plenum, die Petition der Landesregierung als Material zu überweisen.

Die Landesregierung wird gebeten, den Inhalt der Petition mit vorzutragen, wenn anhand einer schriftlichen Beratungsgrundlage eine sinnvolle Diskussion im Ausschuß möglich ist.

